

Aus der Stadtverordnetenversammlung am 26.08.2019

Kommentar zum Antrag der UBP (Unabhängige Bürger Pfungstadt): Vertreterbegehren Hessestag

Direkte Demokratie wagen? Fehlanzeige in Pfungstadt!

Die UBP beantragte in der StaVo ein sogenanntes Vertreterbegehren zum Hessestag 2023. Mittels dieses Vertreterbegehrens sollten die BürgerInnen stellvertretend für die Stadtverordnetenversammlung über eine Bewerbung Pfungstadts für den Hessestag entscheiden.

In einer leidenschaftlichen Debatte wurde das Für und Wider eines solchen Antrages diskutiert. Schließlich wurde der Antrag (für den eine 2/3 Mehrheit erforderlich gewesen wäre) mit der Mehrheit der Stimmen von SPD und CDU abgelehnt. Lediglich die 7 Stadtverordneten der UBP und je 2 Abgeordnete der FGL (Freie Grüne Liste) und der FW (Freie Wähler) votierten dafür.

Die Argumente der UBP, die auch von uns Grünen geteilt werden, konnten sich letztlich nicht durchsetzen. Obwohl die Entscheidung über die Bewerbung zum Hessestag ein Paradebeispiel für praktizierte direkte Demokratie hätte sein können, wurde diese Chance vertan.

Selten sind in einer Kommune die BürgerInnen so direkt betroffen, wie Falle des Hessestages. Nicht nur, dass die Gemeinschaft der BürgerInnen für den absehbaren Verlust von günstigenfalls 2,4 Millionen Euro aufkommen muss, die zu erwartende Belastung durch ein hohes Verkehrs- und Besucheraufkommen und die damit verbundenen Einschränkungen wird Jede/r zu spüren bekommen. Außerdem benötigt man für das Fest der Hessen ca. 5.000 freiwillige Helfer, von denen bislang niemand weiß, woher sie kommen sollen. Fast jeder 3. Erwachsene müsste bereit sein, sich während des 10tätigen Festes ehrenamtlich zu engagieren.

Während die SPD die Bürger noch rechtzeitig überzeugen und in die Pflicht nehmen möchte, lehnt die CDU das Vertreterbegehren deshalb ab, weil eine ideologisch indoktrinierte Minderheit die Abstimmung dominieren könne. Aus diesem u.a. Gründen müsse die Entscheidungshoheit bei der Stadtverordnetenversammlung bleiben.

Ganz offensichtlich trauen viele der Stadtverordneten in Pfungstadt ihren BürgerInnen keine selbstbewusste und inhaltlich begründete Abstimmung in einer Frage zu, die praktisch jeden von uns angeht.

Eine Entscheidung, die auch durch keine angedachte, aber die Stadtverordneten nicht bindende Befragung der BürgerInnen, geheilt werden kann. Oder durch das Argument: erst mal bewerben, zurückziehen können wir immer noch.

Direkte Demokratie und Zutrauen zum Sachverstand der BürgerInnen, die auch über die Klimabilanz des Hessefestes informiert werden müssten, sehen anders aus.